



## Elke Ferner: Bundesministerinnen machen Politik gegen Frauen

Elke Ferner: Bundesministerinnen machen Politik gegen Frauen  
In der aktuellen Ausgabe des Magazins FOCUS sprechen sich die Bundesministerinnen Schröder, Leutheusser-Schnarrenberger und Aigner zusammen mit anderen Frauen gegen die Frauenquote aus. Hierzu erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Elke Ferner: Die Bundesministerinnen Schröder, Leutheusser-Schnarrenberger und Aigner machen im aktuellen Focus Politik gegen Frauen. Die befragten Ministerinnen beweisen ein ums andere Mal: Von der Bundesregierung ist nichts zu erwarten in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern. Frauenministerin Schröder diskreditiert die Quote als Instrument der 70er Jahre. Dies beweist erneut ihre Geschichtslosigkeit: Die 1970er Jahre waren die Hochphase der Frauenbewegung und Frauenpolitik in der Bundesrepublik. Schröders Vorgängerinnen im Amt haben für Frauen gekämpft. Schröder kämpft eher gegen die Frauen. Das Grundgesetz sagt klipp und klar: "Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." Das spielt für Schröder keine Rolle. Und dann legt sich die Ministerin noch mit der EU an, die in der Vergangenheit mehr für die Gleichstellung erreicht hat als Frau Merkel und ihre Bundesregierung. Der Beifall vieler Männer ist ihr gewiss. Ministerin von der Leyen, die eine feste Quote befürwortet, kommt in dem Artikel ebenso wenig zu Wort wie Alice Schwarzer. Ihre Äußerungen hätten den Autoren und Autorinnen wohl nicht ins Konzept gepasst. In dem Focus-Bericht wird die Frauenquote als "Staats-Diktat" diskreditiert. Die Autorinnen und Autoren stellen Bezüge zur Frauen-Beschäftigungsquote der DDR her. Als Kronzeuginnen präsentiert die Zeitschrift Unternehmerinnen, die auch auf Grund ihres Namens, ihrer Herkunft oder ihres Vermögens in Führungspositionen gelangt sind. Würden ausschließlich Qualifikation und Können ausschlaggebend für die Besetzung von Führungspositionen sein, wären längst mehr Frauen in Führungspositionen angekommen. Zur Seite springt den Quotengegnerinnen das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Eine aktuelle Studie, die heute vorgestellt wurde, gibt den Frauen sogar ein ums andere Mal selbst die Schuld, dass sie nicht in Führungspositionen gelangen. Falsche Berufswahl und Erwerbsunterbrechungen der Frauen seien verantwortlich. Das grenzt an arglistige Täuschung. Die Arbeitgeber können die Hände in den Schoß legen und abwarten. Wenn wir kinderlose Frauen in technischen, naturwissenschaftlichen und oder mathematischen Berufen fragen würden, ob sie dies auch so sehen, wird die Antwort anders aussehen. Wir lassen uns nicht beeindrucken und halten am Ziel einer gesetzlichen Quote für Führungspositionen fest. Ich habe kein Problem damit, eine Quotenfrau zu sein. Genug anderen Frauen geht es genauso. Sie sind in dem FOCUS-Bericht nicht zu Wort gekommen. SPD Bundesgeschäftsstelle Wilhelmstraße 141 10963 Berlin Telefon: 030 25991 0 Telefax: 030 28090-507 URL: <http://www.spd.de>

### Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

### Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)  
Zukunftsgerecht in Europa  
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....